MINI-BLICKPUNKT
JANUAR

WIE STEHT ES UM UNSERE DEMOKRATIE?
MEINUNG IM BLICK: DIE MEINUNG VON STEFAN GRABRUCKER

ERDING - Eine kriminelle Vereinigung? Terroristen? Präventivhaft? – Angesichts dieser Schlagworte könnte man denken, Deutschland wäre 2022 einer existentiellen Bedrohung ausgesetzt gewesen. Damit Menschen weggesperrt werden, nur weil der Verdacht besteht, sie könnten vielleicht straffällig werden, muss doch viel passieren, möchte man meinen. Muss nicht tatsächlich die freiheitliche demokratische Grundordnung in Gefahr sein, wenn man Menschen als Terroristen beschimpft und diese präventiv in Gewahrsam nimmt?

Die Bedrohung, die von diesen meist jungen Menschen ausgeht, besteht aber darin, Staus zu verursachen, gewohnte Abläufe durcheinanderzuwirbeln und zu nerven. Klar sein muss aber auch, dass das Festkleben auf Straßen weder eine Gefahr für den Staat darstellt, noch ein neues Mittel der politischen Auseinandersetzung ist. Straßenblockaden gehören seit jeher zum Repertoire des zivilen Widerstands – man denke nur an Gorleben oder den zu Recht gefeierten erfolgreichen Protest gegen Wackersdorf.

Ich persönlich halte die Aktionen der „Letzten Generationen“ für falsch, weil sie dem wichtigen und unterstützenswerten Anliegen der Aktivisten mehr schaden als nutzen. Ich gewinne niemanden für den Schutz des Klimas und damit der Lebensgrundlagen der Menschheit, wenn ich Straßen blockiere. Ganz im Gegenteil ernte ich dafür Unverständnis und Ärger.

Wir müssen aber aufpassen, dass die Kampagnen von BILD und CDU/CSU gegen die Klimaproteste nicht tatsächlich dazu führen, dass sich Teile der Klimabewegung weiter radikalisieren oder Einzelne das Gefühl bekommen, es fände gesellschaftliche Unterstützung, mal Gas zu geben und einen Straßenblockierer über den Haufen zu fahren.

Die Aufregung, die ein Alexander Dobrindt schürt, und die ständige Hetze gegen die „Letzte Generation“ in der BILD-Zeitung stehen in einem seltsam beunruhigenden Kontrast zum Umgang mit den echten Bedrohungen für Demokratie und Freiheit in Deutschland. Mehr oder weniger achselzuckend wird zur Kenntnis genommen, dass rechte Kräfte, darunter Polizisten und Bundeswehroffiziere, sich angeschickt haben, die demokratische Ordnung Deutschlands zu beseitigen, dass Mitglieder der gesellschaftlichen „Elite“, Adelige, Richterinnen, Politiker:innen, bereit waren, die gewählte Bundesregierung gewaltsam zu ersetzen und eine faschistische Diktatur zu errichten.

Natürlich sind die Planungen und Protagonisten dieses Umsturzversuchs um Heinrich XIII. Prinz Reuß an Lächerlichkeit kaum zu überbieten, aber das war eine bunt zusammengewürfelte, unorganisierte und überforderte Truppe 1923 in München auch nicht, die von einem österreichischen Postkartenmaler angeführt wurde, um die Reichsregierung zu stürzen. Der Hitlerputsch wurde in der überregionalen Presse noch nicht einmal groß beachtet – die Aufmacher galten streikenden Arbeiter:innen und der angeblichen Gefahr durch den Sozialismus.

Die rechten Putschpläne sind nicht deshalb gefährlich, weil Heinrich XIII. eine charismatische Führerpersönlichkeit wäre oder weil das Vorhaben erfolgversprechend gewesen wäre, nein, die Gefahr liegt in einem gesellschaftlichen Klima, in dem Faschisten denken, sie setzten einen vermeintlichen Volkswillen um. Die Gefahr ist darin zu sehen, dass mittlerweile ein parlamentarischer Arm einer demokratiefeindlichen Ideologie besteht, dass immer wieder personelle oder ideelle Verflechtungen zwischen Rechtsterrorist:innen, Verschwörungserzähler:innen und AfD offenbar werden.

Müsste man in diesem Zusammenhang nicht auch von Terrorismus sprechen? Von einer kriminellen Vereinigung? Hätte man nicht auch die selbsternannten „Erdinger Patrioten“, die montags mit ihren Spaziergängen die Lange Zeile blockiert haben, in Präventivhaft nehmen müssen? Und müsste man nicht auch im Erdinger Stadtrat den freundschaftlichen Umgang mit den Mitgliedern der AfD-Fraktion überdenken, den einige Kolleg:innen dort pflegen?

Oder anders gefragt: Wie verteidigungsbereit ist unsere Demokratie und sind wir alle eigentlich gegen die Hetzer und Umstürzler von Rechts?

INHALT

S. 1 Meinung im Blick

S. 2 Aktuelles aus dem OV

S. 3 Unsere Kandidaten

S. 3 Aktuelles aus dem Stadtrat

S. 4 Grundsteuer: Der Standpunkt der Fraktion

VORSTANDSKLAUSUR

21.01.2023, BÜRGERBÜRO

ERDING - Am 21.01. haben sich der erweiterte Vorstand und interessierte Mitglieder getroffen, um sich zu aktuellen politischen Themen auszutauschen und das politische Jahr 2023 zu planen.
Am Vormittag wurde zunächst offen diskutiert, welche Themen aus Sicht der Teilnehmenden politisch aktuell sind und die Menschen bewegen. Dabei standen die Themen Migration, Bildung, Soziales wie Wohnen und Gesundheitswesen sowie Klima und Energie im Vordergrund. Der angeregte Austausch über die verschiedenen Aspekte und Sichtweisen auf die Themen zeigte, dass es viele Wechselwirkungen und gegenseitige Einflüsse gibt. Angesichts dieser Komplexität wurde diskutiert, welche der Themen in konkrete politische Arbeit vor Ort umgesetzt werden sollten. Gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bezirks- und Landtagswahlen herrschte Einigkeit darüber, dass Schwerpunkte gesetzt werden müssen, die zum einen auch vor Ort relevant sind und zum anderen eine klare Abgrenzung zu den konkurrierenden Parteien ermöglichen. Die Themen, auf die sich auch Benedikt als unser Landtagskandidat konzentrieren will, sind Bildung, Migration und Klima/Energie. Im Hinblick auf seinen Wahlkampf wurde darüber gesprochen, dass es wichtig ist, alle Altersgruppen adäquat anzusprechen.

Erdinger Stadt-SPD bei ihrer Klausurtagung (Foto: Melanie Schäfer)

Klammer und Leitbild über alle Themen hinweg wurde im gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen.

Im Anschluss wurde diskutiert, wie die Themen konkret in die lokale politische Arbeit insbesondere im Stadtrat einfließen können. Die gesammelten Ideen bezogen sich vor allem auf die Themen Bildung inkl. Ausbildung, Wohn- und Gewerberaumkonzepte sowie Klima, speziell Solarausbau.

Nachdem am Vormittag die Definition der relevanten Themen, also das WAS im Vordergrund stand, wurde am Nachmittag der Fokus auf das WIE gelegt. Einerseits mit der Frage, was eine gute Zusammenarbeit im Ortsverein ausmacht, andererseits mit der Überlegung, was gute politische Kommunikation kennzeichnet. Dabei waren sich alle einig, dass vor allem gemeinsame Veranstaltungen und die Kommunikationsangebote an die Bürger ausgebaut sowie die Zusammenarbeit zwischen OV und Fraktion weiter gestärkt werden sollen. Im Hinblick auf eine gute Kommunikation war für alle wichtig, klare und positiv formulierte Botschaften zu senden, auf die Bürger einzugehen und nicht an Ihnen vorbeizureden.

Zum Abschluss der konstruktiven Klausurtagung wurde noch die Jahresplanung besprochen sowie die Rollen- und Aufgabenverteilung im Vorstand vereinbart.

TERMINE

INTERN

AKTUELLE INFORMATIONEN AUF:
SPD-STADT-ERDING.DE

REDE MIT

Du hast etwas, das wir im Blickpunkt erwähnen sollten? Oder du möchtest deine Meinung als „Meinung im Blick“ sehen?

Wir freuen uns in jedem Fall darauf von dir zu hören oder zu lesen! Egal ob Feedback, Leserbrief oder Beitrag, schreib uns jederzeit gerne an:

vorstand@spd-stadt-erding.de
Betreff: Mini-Blickpunkt Januar

Erding SPD

SPD ORTSVEREIN ERDING

Hofmarkpl. 4
85435 Erding

Redaktionell verantwortlich:
Der Vorstand

V.i.S.d.P:
Leon Kozica

Bildquellen:
Melanie Schäfer
Benedikt Klingbeil
Alexander Gutwill

UNSERE KANDIDATEN
STELLEN SICH VOR

LANDTAG: BENEDIKT KLINGBEIL

ERDING - Der 18 Jährige Benedikt Klingbeil aus Altenerding wird für die Erdinger SPD in den Landtagswahlkampf ziehen.

Aktuell besucht der Schüler noch die FOS in Erding und pfeift in seiner Freizeit Fußballspiele als Schiedsrichter. Bereits auf der Aufstellungskonferenz im Erdinger Weißbräu setzte er in seiner Kandidatenrede den Schwerpunkt auf die Bildungspolitik in Bayern und nennt diese auch heute als das für ihn zentrale Thema: „ Ich möchte im Bayerischen Landtag dafür eintreten das Soziale mit dem Ökologischen zu verbinden und für ein Bildungssystem zu sorgen, das den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsen ist."

Auch parteiintern setzt sich Benedikt bereits im Bereich Bildungspolitik ein: Er ist aktuell im Vorstand des Arbeitskreises für Bildung Oberbayern aktiv und wurde auch jüngst für den Bundesparteitag der AG als Delegierter gewählt.

Benedikt Klingbeil

BEZIRK: ALEXANDER GUTWILL

Alexander Gutwill

ERDING - Alexander Gutwill dürfte als SPD-Fraktionsvorsitzender im Erdinger Stadtrat den meisten bereits bekannt sein. Der 45-Jährige Supervisor setzt seinen Schwerpunkt auf die Sozialpolitik und dabei vor Allem auf die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Barrierefreiheit und bezahlbares und innovatives Wohnen.

Als Mitarbeiter der Kliniken des Bezirks Oberbayern wisse er auch, was die Einrichtungen leisten und dass hier nach der Corona-Pandemie noch einiges aufzuarbeiten sei.

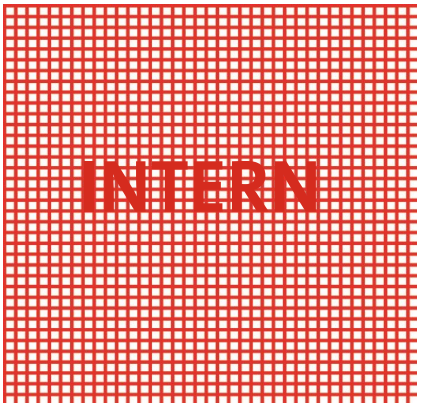
Ein weiteres besonderes Anliegen sind ihm die Werkstätten für Menschen mit Behinderung, die vom Bezirk betrieben und begleitet werden: Hier möchte er sich dafür einsetzen, dass den Menschen in diesen Einrichtungen mehr Möglichkeiten für ihre Freizeitgestaltung geboten wird.

Abschließend betont Alexander auch noch einmal, dass es ihm um ein soziales und gerechtes Miteinander für alle Menschen geht.

NEUES AUS DEM STADTRAT
IM JANUAR

JANUARSITZUNGEN

RATHAUS - Nach dem Jahreswechsel startete der Stadtrat entspannt in das neue Jahr. Auf der Tagesordnung für die Sitzung am 31. Januar stand lediglich ein Punkt: Die Neuerstellung des qualifizierten Mietspiegels für die Stadt Erding. Nach einer kurzen Erläuterung des Sachverhalts durch die Verwaltung stimmte der Stadtrat der Erstellung einstimmig zu. Somit werden die Bürger:innen auch in Zukunft einen rechtssicheren Mietspiegel zur Verfügung haben.
Außerdem wurde in der Sitzung eine Anfrage der SPD-Fraktion hinsichtlich der Modernisierung der Website der Stadt Erding beantwortet: Die Verwaltung habe die Seite und Links auf Aktualität hin geprüft und sehe aktuell keinen Anlass für größere Überarbeitungen.



REDE MIT:
FRAKTION@SPD-STADT-ERDING.DE

GRUNDSTEUER: DER STANDPUNKT DER FRAKTION

RATHAUS - In den Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 hat der Stadtrat die Erhöhung der Grundsteuer A und der Grundsteuer B um jeweils 150 Punkte beschlossen. Das bedeutet, dass die Wohnkosten für alle Bürger:innen der Stadt Erding steigen werden – und dies in Zeiten, in denen die Belastung durch steigende Strompreise, explodierende Energiekosten und die Inflation ohnehin schon groß ist.

Die SPD-Fraktion hat nicht zuletzt deshalb als einzige im Stadtrat gegen die Erhöhung zum jetzigen Zeitpunkt gestimmt. Wir sehen die finanzielle Zukunft der Stadt Erding nicht so dramatisch, wie dies von anderen Fraktionen aufgezeigt wurde. Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz aller Krisen stabil, der Geschäftsklimaindex ist überraschend positiv, die Auftragsbücher in Handwerk und Industrie sind weiterhin voll, die Inflation schwächt sich ab und die befürchtete Rezession wird nicht so dramatisch, wie noch vor Monaten befürchtet. Ganz im Gegenteil, statt der prognostizierten Rezession, wuchs die Wirtschaft im 3. Quartal 2022 sogar.

Trotzdem gibt es auf den ersten Blick durchaus Gründe für die Steuererhöhung. Die mittelfristige Finanzplanung der Stadt zeigt, dass die Rücklagen in den nächsten Jahren aufgebraucht werden, es muss wieder eine Zuführung aus dem Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt stattfinden und es stehen u. a. mit dem Bau der Feuerwehrhäuser und der Konversion des Fliegerhorsts große Aufgaben an.

Wenn man rein buchhalterisch auf den Haushalt der Stadt blickt, dann ist die Erhöhung der Steuern eine richtige Maßnahme. Deshalb erwarte ich von einem Kämmerer und von Seiten der Verwaltung geradezu, einen solchen Vorschlag zu unterbreiten. Als gewählte Stadträt:innen müssen wir aber auch politisch denken und sorgsam abwägen, ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um den Haushalt der Stadt Erding auf Kosten der Bürger:innen zu sanieren.

Wir sehen täglich, vor welch großen Herausforderungen Teile der Gesellschaft angesichts der multiplen Krisen der Gegenwart stehen, spüren die Ängste und Sorgen der Bürger:innen. Auch im Stadtrat wird ja von einigen Kolleg:innen berichtet, dass die Schlangen vor der Tafel von Woche zu Woche länger werden, dass viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie ihre Nebenkostenabrechnung finanzieren sollen, dass Familien mit Angst auf die steigenden Zinsen sehen und ihre Immobilienkredite nicht mehr bedienen können. Wir haben auf Initiative der Sozialreferentin der Stadt sogar unsere Energiepauschalen gespendet, um ärmere Menschen zu unterstützen.

Angesichts dieser gesellschaftlichen Lage verbietet es sich aus unserer Sicht, weitere Belastungen zu schaffen. Der große Ökonom John Maynard Keynes hat die Regel aufgestellt, dass in Krisenzeiten der Staat investieren und die Menschen entlasten müsse, um die Konjunktur zu stützen und Vertrauen zu schaffen. Erst in wirtschaftlich gesunden Zeiten könne dann das ausgegebene Geld wieder eingezogen werden.

Das Gegenteil dieser Wirtschaftspolitik, massive Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und einen strikten Sparkurs, hat Deutschland auf allen Ebenen bereits einmal versucht. Reichskanzler Brüning hat in noch wesentlich schwierigeren Zeiten 1930 bis 1932 versucht, den Haushalt zu sanieren, ohne die Folgen für die Bevölkerung und für das Vertrauen in den demokratischen Staat zu bedenken. Wenn die Menschen aber das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie verlieren, wenn die Abstiegsängste der breiten Mittelschicht überhand nehmen, dann haben Rattenfänger von Rechts und Links, dann haben Faschisten und Staatsfeinde leichtes Spiel.

Politik besteht nicht nur aus Buchhaltung, sondern auch aus Psychologie. In diesem Sinne halten wir eine Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt für ein fatales Signal an die Bürger:innen. Und deshalb hätten wir uns auch gefreut, wenn der Stadtrat unserem Antrag auf Entlastung der Familien im Bereich der Bildungskosten gefolgt wäre. Auch hier ging es nicht um eine große Summe, aber um ein Symbol, dass wir Familien und die Mittelschicht nicht aus den Augen verlieren und in ihren Sorgen ernst nehmen. Es ging und es geht uns darum, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken.

Wir haben als Stadtratsfraktion dem Haushalt in seiner Gesamtheit zugestimmt, auch wenn die Steuererhöhungen, die wir zuvor abgelehnt haben, darin enthalten sind. Aber der Haushalt enthält auch viele sinnvolle Dinge, Investitionen in ein Kultur- und Begegnungshaus, eine Planungsstudie für ein innenstadtnahes Parkhaus, die Förderung des Quartiermanagements in Klettham, die Stärkung des Tourismus oder die Anschaffung von Spielgeräten für behinderte Menschen, die wir beantragt hatten.

Wir hätten uns insgesamt ein anderes Zeichen an die Bürger:innen unserer Stadt gewünscht, aber wir stehen selbstverständlich zu den Beschlüssen der Mehrheit. Trotzdem werden wir auch in Zukunft darauf achten, dass durch die Politik nicht nur auf Bundesebene, sondern eben auch auf kommunaler Ebene das Vertrauen in die freiheitliche demokratische Grundordnung gestärkt wird.